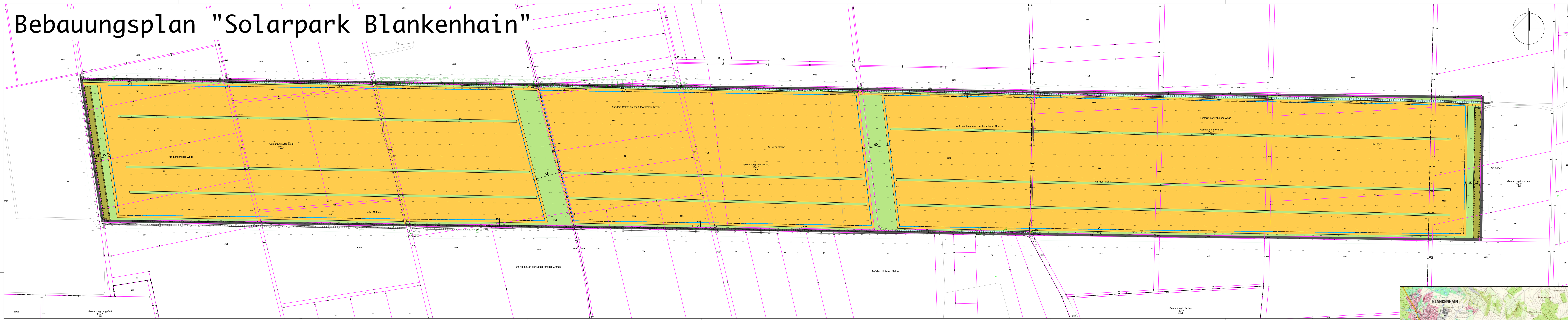


Bebauungsplan "Solarpark Blankenhain"



Teil A Planzeil

Planzeichenerklärung (§ 9 Abs. 1 des BauGB)

Art der baulichen Nutzung

- GRZ 0,6 Sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO, Zweckbestimmung "Photovoltaik-Anlage" (PVA)

Maß der baulichen Nutzung

GRZ 0,6 Grundflächenzahl als Höchstmaß

H 4,5 m Höhe der baulichen Anlagen: max. 4,5 m über Bezugspunkt.

+445,62 unterer Höhenbezugspunkt mit Geländehöhen

Angabe der Höhe in Meter über NN

Bauweise, Baugrenzen

(§ 9 Abs. 1 BauGB und § 23 BauNVO)

Baugrenze überbaubare Grundstücksfläche

fläch überbaubare Grundstücksfläche

Private Grünflächen

(§ 9 Abs. 1, Nr. 15, 25a und 25b BauGB)

PG: Private Grünflächen mit Zweckbestimmung: artenreiches Grünland

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen Sträuchern (§ 9 Abs. 1, Nr. 25a BauGB)

mit Zweckbestimmung: Anpflanzung von Sträuchern

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans § 9 Abs. 7 BauGB

Vermögenslinie in m

Hinweise

296/3 bestehende Flurstücksgrenze mit Flurstücksnummer

176,76 Geländehöhen

Angabe der Höhe in Meter über NN

bestehende Haupt- & Nebengebäude

Art der baulichen Nutzung

Erörterung Nutzungsschablone

GRZ Höhe baulicher Anlagen

Teil B Textteil

1. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 BauGB

1.1 Sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO als Sonstiges Sondergebiet mit Zweckbestimmung "Photovoltaik-Anlage" festgesetzt.

1.2 Zulässig sind bauliche Anlagen, die der Nutzung der Sonnenenergie zur Erzeugung und/oder Speicherung von regenerativen Energien durch Photovoltaik einschließlich der dazu technisch erforderlichen Nebenanlagen (z.B. Trafo-, Übergabestationen) dienen.

1.3 Nebenanlagen für die Bewirtschaftung (z.B. Bewässerung und Mäh) sind zulässig.

2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1, Nr. 2 BauGB, §§ 16 – 21 BauNVO)

2.1 Die maximal überbaubare Grundstücksfläche – hier definiert als die durch Photovoltaikmodule überdeckte Bodenfläche in Senkrechtopjektion, die Grundfläche von Nebenanlagen und befestigte Erschließungsflächen – wird als Grundflächenzahl (GRZ) mit maximal 0,6 festgesetzt.

2.2 Die Höhe der oberkante baulichen Anlagen in sonstigen Sondergebiet ist auf maximal 4,5 m festgesetzt. Unterer Bezugspunkt ist jeweils der nächste eingetragene Höhenpunkt gemäß Flämenschrieb.

Der untere Bezugspunkt ist der in der Planzeichnung aufgeführte vorhandene Höhenpunkt des Geländes bzw. die linear interpolierten Höhenwerte.

2.3 Die unterkante der Photovoltaikmodule muss an jeder Stelle des 50 m mindestens 0,80 m über den in der Planzeichnung aufgeführten vorhandenen Höhenpunkten des Geländes bzw. deren linear interpolierten Höhenwerten liegen.

3 überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1, Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

3.1 Die überbaubare Grundstücksfläche wird durch die Festsetzung einer Baugrenze bestimmt. Hauptanlagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

3.2 Sonstige bauliche Anlagen, einschließlich Nebenanlagen in Sinne des § 14 BauNVO sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

4.1 Einfriedungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 88 ThürBO)

4.2 Einfriedungen sind innerhalb sowie auch außerhalb der Baugrenze zulässig.

4.3 Die Einfriedung für das Sondergebiet ist mit einer Zaunanlage mit einer maximalen Höhe von 2,3 m herzustellen. Ein Wildschutzzaun mit einer Höhe von 1,50 m ist für die Anpflanzungen anzulegen, um einen Wildverbiss auszuschließen.

4.4 Sämtliche Einfriedungen (Außer Wildschutzzaun) sind so auszuführen, dass im bodennahen Bereich ein angemessener Bodenschutz (min. 10 cm) bzw. eine Kleintierdurchlässigkeit vorhanden ist.

Die Verwendung von Stacheldraht im bodennahen Bereich ist unzulässig.

5. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstige Bepflanzungen – Pflanzgebiete (§ 9 Abs. 1, Nr. 25a BauGB)

5.1 Die Flächen innerhalb des Sondergebietes die nicht durch Fundamente, Erschließungs- oder Betriebsflächen genutzt werden, sind mit standortgerechten, heimischen Bepflanzungen als Extensivweide anzulegen und mit zeitlicher Staffelfung maximal 2 x pro Jahr zu mähen, frühestens Anfang Juli jeden Jahres.

Das Mähen ist abzuführen oder durch eine Schutzbeweidung zu ersetzen. Auf Einsatz von synthetischen Düngen- und Pflanzenschutzmitteln ist zu verzichten.

5.2 Auf den festgesetzten Flächen zum Pflanzen von Sträuchern und nördlich entlang der Grenze des Geltungsbereichs ist zur Baudatengründung der Freiflächen-Photovoltaikanlage eine Pflanzung mit heimischen, standortgerechten Vogelschutz- und Vogelfütterungsflächen unterschiedlicher Nutzungsformen vorzusehen. Die Durchführung wird durch die DBB bestimmt und überwacht.

5.3 Baurechtlicher Schutz von Gehölzen

Gehölze an den Baufeldgrenzen sollten während der Baumaßnahmen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Bauplan, Flatterband) vor Beschädigungen geschützt werden, um Beeinträchtigungen zu vermeiden.

5.4 Schutz des Bodens

Gemäß § 18 BodSchG sollen bei Einwirkung auf den Boden Beeinträchtigungen so weit wie möglich vermieden werden. Jeder, der auf den Boden einwirkt, hat sich gemäß § 4 Abs. 1 BodSchG so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden. Bodenversiegelungen sind gemäß § 1a BodSchG auf das notwendige Maß zu begrenzen. Bodenbedingte Bodenbelastungen (z.B. Verdichtungen, Erosion, Durchmischung mit Fremdstoffen) müssen auf das Unschädliche entsprechende notwendige Maß beschränkt bleiben. Nach Abschluss der Bauphase wird der Boden zwischen, unter und seitlich der Solaranlage im Rahmen der Ausgleichsmaßnahme für Grünland gelockert. Bei sich in Rahmen der Bauphase und Bauausführung ergebenden Hinweise auf schädliche Bodenverunreinigungen i. S. des § 2 Abs. 3 BodSchG z.B. Altlasten relevante Schwermetalle, wie organische Auffalligkeiten, Abfall u. a., besteht für den Grundstückseigentümer und Inhaber der tatsächlichen Gewalt gemäß § 4 Abs. 2 BodSchG die Pflicht, Maßnahmen zur Abwehr der davon drohenden schädlichen Bodenveränderung zu ergreifen.

Nach § 15 Abs. 1 und 3 BodSchG i. V. m. § 31 sind bekannt geordnete oder verursachte schädliche Bodenverunreinigungen oder Altlasten unverzüglich der für die Überwachung zuständigen Behörde (Umweltamt) mitzuteilen.

Bei jeglichen Schockungen- und anderen Bodenarbeiten sowie bei Befahren mit Arbeitsmaschinen sind Maßnahmen des Bodenschutzes zu ergreifen. Besonders zu beachten ist der Schutz des Mutterbodens (§ 280 BauGB). Der zuständige Zustand des bei Bauarbeiten abgetragenen Mutterbodens ist zu erhalten und der Boden vor Verwitterung bzw. vor Verwehung zu schützen. Anfallender Bodenabwurf ist auf den Grundstück zu belassen und möglichst wieder zu verwerten.

Die Beseitigung auch des nicht verlagerten Bodens ist zu vermeiden bzw. zu minimieren. Die DIN-Vorschriften 18.380 „Erdbetten“ sowie DIN 18.915 „Bodenarbeiten“ sind einzuhalten.

Zur Vermeidung von Bodenbelastungen durch die Lagerung von Bau- und Betriebsstoffen sind geeignete Vorkehrungen, wie Auslegung von Folien und Abdeckung mit Folien, zu treffen. Bodenbedingte Belastungen des Bodens, z.B. solche, die durch Verdichtung oder Durchmischung von Boden mit Fremdstoffen entstehen, sind auf das notwendige Maß zu beschränken und nach Abschluss der Bauphase zu beseitigen.

6. Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung

Folgende umweltrelevante Vermeidungsmaßnahmen werden vorgesehen:

V 1 Ökologische Bauleitplanung (ÖBB)

In Bereich der gesamten Bauleitung dient eine ökologische Bauleitung während der Bauphase einer Kontrolle ausgewählter Arten- und Lebensraummaßnahmen. Zudem kann die ÖBB auf die tatsächlichen Lebensbedingungen vor Ort reagieren (z.B. mitternachtszeitliche Verschönerung von Brutzeiten, Besitzkontrolle der Bodenbrüter).

Des Weiteren wird sichergestellt, dass bei unerwarteten Gegebenheiten vor Ort reagiert werden kann. Dazu trägt ein enger Kontakt der ökologischen Bauleitung mit den zuständigen Naturschutzbehörden sowie zur Umsetzung von Eingriffsvermeidenden Maßnahmen als auch zur Sicherung eines zügigen Baubetriebes bei.

V 2 Bauleitungsregelung

Die Bauleitungsregelung sowie die geplanten Baumaßnahmen sollten an die Reproduktions- und Aktivitätszeiten der geschützten Tierarten angepasst werden, um Verstoßbestände zu vermeiden. Wenn eine Baustelleneinrichtung außerhalb der Vogelbrutzeit stattfindet, sind Schädigungen oder Verletzungen von Individuen der Arten sicher ausgeschlossen. Eine vorzeitige Kontrolle innerhalb baubedingt zu beanspruchender Bereiche kann sicherstellen, ob Brutn vorhanden sind. Sollte in Umfeld kein positiver Nachweis erfolgen, können die betreffenden Baustellenebereiche eingerichtet werden. Bei Verzögerungen in der Bauphase sollten mögliche Habitate durch die ÖBB auf Besitz kontrolliert werden.

V 3 Vergrößerung von Brutvogelarten

Um eine Bestimmung des Baudatens durch Bodenbrüter wie z.B. Feldlerche und Groumer vorzeitig sicher auszuschließen zu können, kann eine Vergrößerungsmaßnahme realisiert werden. Die Durchführung wird durch die ÖBB bestimmt und überwacht.

V 4 Baurechtlicher Schutz von Gehölzen

Gehölze an den Baufeldgrenzen sollten während der Baumaßnahmen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Bauplan, Flatterband) vor Beschädigungen geschützt werden, um Beeinträchtigungen zu vermeiden.

V 5 Schutz des Bodens

Gemäß § 18 BodSchG sollen bei Einwirkung auf den Boden Beeinträchtigungen so weit wie möglich vermieden werden. Jeder, der auf den Boden einwirkt, hat sich gemäß § 4 Abs. 1 BodSchG so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden. Bodenversiegelungen sind gemäß § 1a BodSchG auf das notwendige Maß zu begrenzen. Bodenbedingte Bodenbelastungen (z.B. Verdichtungen, Erosion, Durchmischung mit Fremdstoffen) müssen auf das Unschädliche entsprechende notwendige Maß beschränkt bleiben. Nach Abschluss der Bauphase wird der Boden zwischen, unter und seitlich der Solaranlage im Rahmen der Ausgleichsmaßnahme für Grünland gelockert. Bei sich in Rahmen der Bauphase und Bauausführung ergebenden Hinweise auf schädliche Bodenverunreinigungen i. S. des § 2 Abs. 3 BodSchG z.B. Altlasten relevante Schwermetalle, wie organische Auffalligkeiten, Abfall u. a., besteht für den Grundstückseigentümer und Inhaber der tatsächlichen Gewalt gemäß § 4 Abs. 2 BodSchG die Pflicht, Maßnahmen zur Abwehr der davon drohenden schädlichen Bodenveränderung zu ergreifen.

Nach § 15 Abs. 1 und 3 BodSchG i. V. m. § 31 sind bekannt geordnete oder verursachte schädliche Bodenverunreinigungen oder Altlasten unverzüglich der für die Überwachung zuständigen Behörde (Umweltamt) mitzuteilen.

Bei jeglichen Schockungen- und anderen Bodenarbeiten sowie bei Befahren mit Arbeitsmaschinen sind Maßnahmen des Bodenschutzes zu ergreifen. Besonders zu beachten ist der Schutz des Mutterbodens (§ 280 BauGB). Der zuständige Zustand des bei Bauarbeiten abgetragenen Mutterbodens ist zu erhalten und der Boden vor Verwitterung bzw. vor Verwehung zu schützen. Anfallender Bodenabwurf ist auf den Grundstück zu belassen und möglichst wieder zu verwerten.

Die Beseitigung auch des nicht verlagerten Bodens ist zu vermeiden bzw. zu minimieren. Die DIN-Vorschriften 18.380 „Erdbetten“ sowie DIN 18.915 „Bodenarbeiten“ sind einzuhalten.

Zur Vermeidung von Bodenbelastungen durch die Lagerung von Bau- und Betriebsstoffen sind geeignete Vorkehrungen, wie Auslegung von Folien und Abdeckung mit Folien, zu treffen. Bodenbedingte Belastungen des Bodens, z.B. solche, die durch Verdichtung oder Durchmischung von Boden mit Fremdstoffen entstehen, sind auf das notwendige Maß zu beschränken und nach Abschluss der Bauphase zu beseitigen.

V 6 Schutz des Grundwassers

Schadstoffe, die eine Beeinträchtigung des Grundwassers und des Bodenvasserhaushaltes herbeiführen können, z.B. Betriebsstoffe für die eingesetzten Baumaschinen, sind sachgemäß zu verwenden und zu lagern. Baumaßnahmen sind auf den versiegelten Flächen abzustellen, um Tropfverluste von Ölen u. a. Stoffen in Boden und Grundwasser zu vermeiden.

V 7 Begrenzung von Schall-, Schodstoff- und Lichteinmissionen – Bauleitungsregelung

Die Bauleitungsregelung sowie die geplanten Baumaßnahmen sollten an die Reproduktions- und Aktivitätszeiten der geschützten Tierarten angepasst werden, um Verstoßbestände zu vermeiden. Wenn eine Baustelleneinrichtung außerhalb der Vogelbrutzeit stattfindet, sind Schädigungen oder Verletzungen von Individuen der Arten sicher ausgeschlossen. Eine vorzeitige Kontrolle innerhalb baubedingt zu beanspruchender Bereiche kann sicherstellen, ob Brutn vorhanden sind. Sollte in Umfeld kein positiver Nachweis erfolgen, können die betreffenden Baustellenebereiche eingerichtet werden. Bei Verzögerungen in der Bauphase sollten mögliche Habitate durch die ÖBB auf Besitz kontrolliert werden.

V 8 Umgang mit Umweltrisikofaktoren

Während des Betriebes der Solaranlage ist mit Schadstoffen sorgsam umzugehen.

Hinweise

1. Archäologische Funde sind sofort dem Thüringer Landesamt für Archäologische Denkmalschutz zu melden. Die Fundstellen sind bis zum Eintreffen der Mitarbeiter dieses Amtes in angetroffenen Zustand zu belassen und abzusichern. Sie müssen von diesem Amt sachgemäß untersucht und geborgen werden.

2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. I Nr. 176) geändert worden ist.

3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung – PlanZVO) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12. August 2023 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. I Nr. 176) geändert worden ist.

4. Bundesberggesetz (BBergG) vom 13.08.1980 (BGBl. I S. 2318), das zuletzt durch Art. 39 des Gesetzes v. 23.10.2024 I Nr. 323 geändert worden ist.

5. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Art. 48 des Gesetzes v. 23.10.2024 I Nr. 323 geändert worden ist.

6. Thüringer Gemeinde- und Landesratsordnung (Thüringer Kommunalordnung – ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 31 des Gesetzes vom 2. Juli 2024 (GVBl. S. 277, 280).

7. Thüringer Bauordnung (ThürBO) in der Fassung der Neufassung vom 2. Juli 2024 (GVBl. 2024, 298).

8. Thüringer Gesetz für Natur und Landschaft (ThürNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. August 2006 (GVBl. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323, 340).

9. Thüringer Messungsgesetz (ThürMG) in der Fassung vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 574), zuletzt geändert durch Artikel 52 des Gesetzes vom 2. Juli 2024 (GVBl. S. 277, 291).

10. Thüringer Denkmalschutzgesetz (ThürDSchG) vom 14.04.2004 (GVBl. 2004, 465), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 735).

11. Zufahren und Wege zu den Modulreihen und möglichen Nebenanlagen sind tropf- und versickerungsfähig (z.B. Schotter oder Schotterrasen) anzulegen. Das von Verkehrsflächen, Mobilisierorten und Nebenanlagen anfallende, unbelastete Niederschlagswasser ist im Plangebiet zu versickern.

6. Brandschutztechnischer Hinweis: die Feuerwehrschießung „Weinauer Land“ wird mit der Einbindung an den Haupttoren in einem Feuerwertschleissrohr angelegt.

7. Publizitätsgebot

Den Festlegungen zugrunde liegende Vorschriften wie DIN-Normen etc. können dort eingesetzt werden, wo noch öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Blankenhain gemäß § 10 Abs. 3 BauGB der Bebauungsplan mit Begründung zu jedermanns Einsicht bereitgehalten wird.

Rechtsgrundlagen

1. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Oktober 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 257) geändert worden ist.

2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. I Nr. 176) geändert worden ist.

3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung – PlanZVO) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12. August 2023 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. I Nr. 176) geändert worden ist.

4. Bundesberggesetz (BBergG) vom 13.08.1980 (BGBl. I S. 2318), das zuletzt durch Art. 39 des Gesetzes v. 23.10.2024 I Nr. 323 geändert worden ist.

5. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Art. 48 des Gesetzes v. 23.10.2024 I Nr. 323 geändert worden ist.

6. Thüringer Gemeinde- und Landesratsordnung (Thüringer Kommunalordnung – ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 31 des Gesetzes vom 2. Juli 2024 (GVBl. S. 277, 280).

7. Thüringer Bauordnung (ThürBO) in der Fassung der Neufassung vom 2. Juli 2024 (GVBl. 2024, 298).

8. Thüringer Gesetz für Natur und Landschaft (ThürNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. August 2006 (GVBl. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323, 340).

9. Thüringer Messungsgesetz (ThürMG) in der Fassung vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 574), zuletzt geändert durch Artikel 52 des Gesetzes vom 2. Juli 2024 (GVBl. S. 277, 291).

10. Thüringer Denkmalschutzgesetz (ThürDSchG) vom 14.04.2004 (GVBl. 2004, 465), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 735).

Verfahrensvermerke

1. Der Stadtrat der Stadt Blankenhain hat am 13.02.2025 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung dieses Bebauungsplans beschlossen (Beschlussnummer 03-02/2025).

Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am im Amtsblatt der Stadt Blankenhain Nr. bekannt gemacht.

2. Der Stadtrat hat am 2026 den Entwurf des Bebauungsplans (i.d.F.v. 2026 bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den Textlichen Festsetzungen (Teil B)) geprüft, über Bedenken und Anregungen entschieden und den Bebauungsplan gem. § 10 BauGB am 2026 als Satzung beschlossen.

Die Begründung wurde gebilligt.

Blankenhain, d. Siegel ... Bürgermeister

3. Es wird bescheinigt, dass die Flurstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen im gekennzeichneten Geltungsbereich mit dem Liegenschaftskataster nach den Stand von 2026 übereinstimmen.

Blankenhain, d. Siegel ... Bürgermeister

4. Die Satzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und Textlichen Festsetzungen (Teil B), wurde mit Schreiben von 2026 beim Landratsamt Weinauer Land angesetzt.

Blankenhain, d. Siegel ... Bürgermeister

5. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung von 2026 und Textlichen Festsetzungen, wird hiermit ausgesetzt:

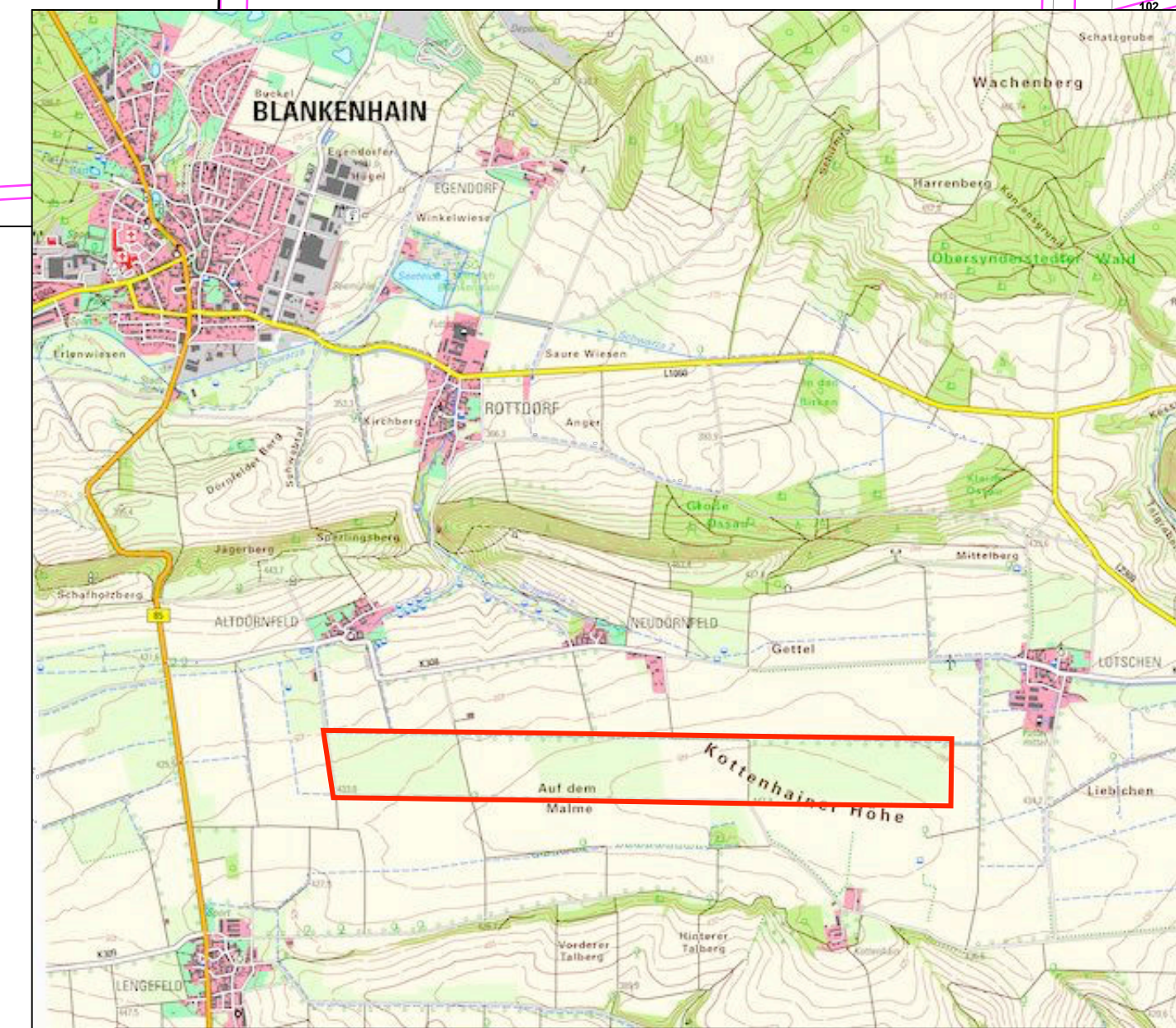
Blankenhain, d. Siegel ... Bürgermeister

6. Die Satzung des Bebauungsplans wurde gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 2026 amtlich bekannt gemacht, mit dem Hinweis, dass der Bebauungsplan mit der Begründung während der Dienststunden in der Stadtverwaltung Blankenhain von jedermann einsichtsbereitgehalten wird.

Auf die Rechtsfolgen der §§ 44 (3) und 215 BauGB wurde hingewiesen. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Blankenhain, d. Siegel ... Bürgermeister

Blankenhain, d. Siegel ... Bürgermeister



Bebauungsplan "Solarpark Blankenhain" - Vorentwurf -

Stadt Blankenhain
Marktsstraße 4
99444 Blankenhain

Plangrundlage:
Vermessungs- und Katasteramt

Wienauer Land
gemeinsam mit dem Thüringer
Landratsamt

Stand 16.02.2025, 0:00 Uhr

M 1:2000

Datum: November 2025

Planverfasser:
Freier Architekt
Dipl.-Ing. Jan Godts
Mühle Scheelitz
Dorplatz 6
04603 Windischleuba
Tel.: 03477/661730
architekt@godts.eu

